



GENERATION WIDERSTAND!

Unsere Zukunft statt ihre Profite!

*Veränderung fällt nicht vom Himmel -
Widerstand braucht Organisation!*

KJÖ & **KSV**

INHALT

3 Vorwort

4 Die Welt in der wir leben

6 Schlechter leben als die Eltern?

8 Geld für Schulen statt für Banken

10 Für ein Einkommen zum Auskommen

12 Bildung ist keine Ware

14 Wo sehen Sie sich in fünf Jahren?

16 Kein Hauch von Gleichberechtigung

17 Diskriminierung auf allen Ebenen

18 Die Vereinzelung überwinden

19 Fight for your right!

21 Raus aus dem Hamsterrad des Grauens

24 Hitliste der Geldsäcke

25 Unsere Krisenlösung: Sozialismus

26 Tipps und Tricks der Generation Widerstand



Wir sind die Generation Widerstand!

Wir sind die erste Generation der Nachkriegszeit, die nicht den Lebensstandard ihrer Eltern erreichen wird - geschweige denn ihn übertreffen. Die sich zusehends verschlechternde soziale Lage unserer Generation ist das Ergebnis des neoliberalen Kapitalismus und dessen Krise. Der einsetzende wirtschaftliche Abschwung führt zu einer massiven Zunahme der Arbeitslosigkeit und wir stehen mittlerweile vor der höchsten Arbeitslosigkeit seit 1945. Das alles erschüttert unsere Lebensbedingungen und raubt unsere Zukunftsperspektiven. Die große Mehrheit der SchülerInnen, Lehrlinge, jungen ArbeiterInnen, Studierenden sowie der erwerbslosen Jugendlichen ist mit finanziellen Sorgen, Stress, Versagensängsten, sozialer Kälte, fehlenden Zukunftsperspektiven und steigendem Leistungsdruck konfrontiert.

Diejenigen, die unsere Zukunft auf dem Gewissen haben, lassen es sich in Parlamentssitzen und Aufsichtsräten gutgehen, während junge Menschen aufgrund unsicherer Perspektiven, steigender Arbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel oder handfester Armut von einer selbstbestimmten und sicheren Zukunft nur träumen können. Wie fromme Lämmer sollen wir auch noch Danke sagen, wenn die nächste Kündigungswelle ansteht, das nächste Belastungspaket geschnürt und die nächste Zugangsbeschränkung beschlossen wird. Wenn wir nicht länger die Generation Praktikum, die Generation, die



schlechter als ihre Eltern leben wird, sein wollen, müssen wir zur Generation Widerstand werden. Denn wenn es nach den Herrschenden geht, sollen junge Menschen ihrer sozialen Lage vereinzelt und wehrlos gegenüber stehen. Die uns erdrückenden Probleme sind aber keine individuellen Sorgen, sondern betreffen unsere ganze Generation. Es sind gesellschaftliche Missstände, die es durch gemeinsame Aktion zu beseitigen gilt.

Die Gegner der arbeitenden und lernenden Jugend sind vielfältig und stark: Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer, österreichische Bundesregierung und Europäische Union. Sie sitzen in den Konzernetagen und Aufsichtsräten, sind Teil einer sogenannten parlamentarischen Opposition, die als rechtsextreme Scharlatane, grüne Heuchler oder neoliberale Einpeitscher die Hofnarren im Parlament geben, sie sitzen in den Medienkonzernen und Militärstäben.

Aber all den Schweinerein, angefangen bei Leistungsdruck, Geldmangel und miesen Zukunftsperspektiven, können wir die Idee einer Welt gegenüberstellen, in der wir nicht länger stumme Befehlsempfänger ohne Perspektiven sind, sondern ein selbstbestimmtes Leben führen können. Wir wollen mit unserer Kampagne Generation Widerstand dazu beitragen, Erfolge gegen die kapitalistische Profitlogik, gegen Neofaschismus und Diskriminierung aufgrund der Herkunft, des Geschlecht oder der sexuellen Orientierung, gegen Kriegstreiberei und Umweltzerstörung zu erreichen.

Diese Broschüre soll dazu ein Beitrag sein, sie setzt sich mit der Situation unserer Generation auseinander, stellt Analysen zur Verfügung, bringt Beispiele wie es anders laufen kann und versucht ganz praktische Handlungsmöglichkeiten im Kampf eine bessere Zukunft zu bieten.

Die Welt, in der wir leben.

Kapitalismus, Neoliberalismus & Krise.

Wer die Welt verändern will, muss sie zu allererst erkennen. Die Welt, in der wir leben, ist eine, durch die ein tiefer Riss läuft. Ein Riss zwischen oben und unten. Oben, das ist der Platz des Kapitals, der wirtschaftlichen und politischen Eliten, die Konzerne und Staaten, Banken und Heere, Vermögen, Börsen und Fabriken ihr Eigen nennen. Für uns, die große Masse der „Unteren“ fallen hingegen immer weniger Brösel vom Kuchen ab. Wir sind die „Generation Praktikum“, die sich vielfach schlecht oder gar nicht bezahlt von Job zu Job hanteln muss und dabei auf immer mehr soziale Rechte verzichten muss. Aber warum ist das so?

„ES HERRSCHT KLASSENKRIEG, RICHTIG.“

Wir leben im System des (beinahe) weltumspannenden Kapitalismus in seinem höchsten Stadium, dem Imperialismus. In diesem System sind jegliche menschl-

chen Bedürfnisse wie auch die Umwelt dem hemmungslosen Streben nach Profit unterworfen. Dieses System ging in den vergangenen beiden Jahrzehnten in eine schonungslose Offensive über und setzt diese gerade wegen seiner gegenwärtigen Krise fort. Einer der reichsten Männer der Welt, Warren Buffett, brachte es treffend auf den Punkt: „Es herrscht Klassenkrieg, richtig. Aber es ist meine Klasse, die reiche Klasse, die Krieg führt und wir sind dabei, zu gewinnen.“

Das war nicht immer so: In den ersten Nachkriegs-Jahrzehnten etablierte sich in den westlichen Staaten unter dem äußeren Druck der realsozialistischen Systemkonkurrenz und einer relativ starken ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung im Inneren ein System, dem man hierzulande den verlogenen Namen „Sozialpartnerschaft“ gab. Alle Zugeständnisse jener Zeit, also relativer Wohlstand, soziale Sicherheit für die breite Masse oder auch freier Bildungs-

zugang, fielen nicht vom Himmel, sondern waren Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse: die Kapitalisten konnten nicht, wie sie wollten. Die realsozialistischen Staaten, die ArbeiterInnenbewegung im Westen und im Bündnis mit ihnen jene der StudentInnen, der Frauen oder der Friedensinitiativen sowie die antikolonialen Befreiungskämpfe boten dem Imperialismus Paroli. Sie stellten eine reale Gegenmacht dar und waren dabei VertreterInnen einer Welt des Friedens, der Gerechtigkeit und der Solidarität.

Aber der Wind drehte sich und es sind vor allem zwei Faktoren, die die folgende Offensive des Kapitals einleiteten: Innere und äußere Widersprüche führten vor nun mehr als 20 Jahren zum Zusammenbruch der Sowjetunion und der realsozialistischen Staaten Osteuropas. Während die kommunistischen Parteien und die revolutionäre ArbeiterInnenbewegung damit in eine



tiefe Krise schlitterten, liefen die sozialdemokratischen Parteien vollends in das Lager der vermeintlichen Sieger der Geschichte über. Als Abschwächerin des Kapitalismus wurden sie nicht länger gebraucht, womit auch die reformistische ArbeiterInnenbewegung vollends in die Krise schlitterte. Bereits in den 1980er-Jahren leiteten die britische Premierministerin Thatcher und der US-Präsident Reagan die Phase eines uneingeschränkten wirtschaftlichen Liberalismus ein. Dieser Neoliberalismus wurde zur vorherrschenden Organisationsform des gegenwärtigen Kapitalismus und bedeutete eine ungeschminkte Kampfansage gegenüber allen sozialen Errungenschaften vergangener Jahrzehnte, die den arbeitenden Menschen bei allen bestehenden Ungleichheiten ein Stück des Kuchens sicherten.

KAPITALISMUS IN DER OFFENSIVE

Heute erleben wir, wie der neoliberale Kapitalismus mit aller Gewalt das Rad der Geschichte rückwärts dreht: Zerschlagung des Sozialwesens, Aushöhlung des Pensionssystems, Aushebeln von Kollektivverträgen; Bildung und Gesundheitswesen werden privatem Profitstreben unterworfen. Das Abwälzen der Krisenlast und der Bankenrettungspakete auf die breite Masse, deren Lebensstandard durch stagnierende Löhne bei massiv steigenden Preisen sinkt, haben dies noch weiter verschlimmern. Damit spitzt sich freilich die Krise, die auf Überproduktion und Unterkonsumtion infolge geringer Einkommen beruht, noch weiter zu. Die Macht der Finanzmärkte und das Diktat von Internationalem Währungsfonds, Europäischer Zentralbank und EU führten und führen ganze Staaten und Volkswirtschaften an den Rand des Bankrotts. Die vermeintlichen Auswege daraus in Form rigoroser Kürzungspakete führen noch weiter in den Sumpf, wie sich am

Beispiel Griechenlands auf besonders fatale Weise ablesen lässt. Soziale Absicherung für die/den Einzelnen ist dem unsäglichen Begriff der Flexicurity gewichen, Prekarisierung und Verelendung greifen selbst in den reichen Staaten um sich. In den Entwicklungsländern führt diese Entwicklung zu Hungernöten. Der Kampf um Ressourcen und Absatzmärkte, die Renaissance des Krieges als legitimes politisches Mittel und die fortgesetzte, rücksichtslose Zerstörung der Natur führen die Menschheit an den Rand des Abgrunds.

Da der Kapitalismus ein totales, alle Lebensbereiche erfassendes System ist, blieben diese Angriffe nicht auf den Bereich der Wirtschaft beschränkt. Die erwähnte Margaret Thatcher brachte das politische Programm des Neoliberalismus auf den Punkt: „There is no such thing as society“ und vor allem „There is no alternative“. Damit war der ideologische Angriff auf Werte wie Solidarität und Gerechtigkeit eingeleitet, unterstützt von einem massiven propagandistischen Trommelfeuer für einen angeblichen Zwang zum „Sparen“. Der Mensch soll als entfremdetes, vereinzelt Individuum mit seinen Ellbogen darum kämpfen, seine „Leistung“ auf dem „freien Markt“ anbieten zu „dürfen“. Soziale Absicherung, kollektives Wirken, gemeinsame Interessen gehören in einer solchen „Nicht-Gesellschaft“ der Vergangenheit an; Solidarität, Freundschaft und Klassenbewusstsein sollen Konkurrenz und rücksichtslosem Egoismus Platz machen. Was einst vornehmliche Aufgabe der Religion war, wird nun von der Unterhaltungsindustrie geleistet: Mittels Fernsehen, Internet, Radio und Magazinen werden schnelle Autos, große Brüste, Konsumrausch oder Starlet-Voyeurismus als alleinig glücklich machende Lebensinhalte dargestellt,

womit täglich millionenfach falsches Bewusstsein produziert wird. Weil für die breite Masse der Bevölkerung die bunten Trugbilder der Gazetten und Videoclips aber unerreichbar bleiben, braucht es Sündenböcke, um von den Verantwortlichen für die täglich erlebbare Misere abzulenken. Hier bedient sich das Kapital zunehmend ungeniert der alten rassistischen und antisemitischen Giftküche. Als Einpeitscher dienen zu „Politrabauken“ hochstilisierte Rechtspopulisten, und der Mainstream hinkt Schritt um Schritt nach rechts mit. Und für den Fall, dass sich – trotz alledem – Widerstand regt, bastelt man von oben an einem immer besser funktionierenden Unterdrückungsapparat, der den Marsch in den autoritären Staat einleitet.

UNSERE ANTWORT: „GENERATION WIDERSTAND!“

Besonders betroffen von den Angriffen des Kapitals auf soziale und demokratische Rechte ist die Jugend. Geht es nach den Plänen der Eliten, sollen wir die erste Generation der Nachkriegszeit sein, die hinter den Lebensstandard ihrer Eltern zurückfallen wird. Diese Zukunftsprognose ist aber nicht in Stein gemeißelt, wenn wir aufstehen und zur „Generation Widerstand“ werden. Wir haben wenig zu verlieren, aber viel zu gewinnen: Nämlich eine Welt, in der alle Menschen frei und glücklich leben können, ohne finanzielle Sorgen, ohne ständigen Druck und ohne Zukunftsängste und dabei die Erfahrung von Freundschaft, Liebe und Solidarität machen können. Für uns ist das keine Träumerei, sondern verbunden mit dem Wissen, dass auf dem heutigen Stand des technischen Fortschritts ein lebenswertes Dasein für alle Menschen möglich ist.



Schlechter leben als die Eltern? Zur sozialen Lage der Jugend. Ein Überblick.

Ausgehend von der vorangegangenen Analyse der Welt und des Systems, in dem wir leben, wollen wir nun einen kurzen Überblick über die soziale Lage der Jugend geben. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die Verbreitung von „flexiblen“ und befristeten Arbeitsmodellen, stagnierende Löhne, Einsparungen im Bildungssektor und Kürzungen sozialer Unterstützungen haben in den vergangenen Jahren den Druck auf junge Menschen massiv verschärft.

Für Lehrlinge und junge ArbeiterInnen drückt sich das in Form eines immer weiter zurückgedrängten Kündigungsschutzes aus, der einerseits Arbeitsplatzsicherheit zum Fremdwort macht und andererseits als Druckmit-

tel verwendet wird: Der Arbeitsdruck steigt, die Löhne stagnieren, Überstunden werden oft nicht abgegolten, Arbeitsgesetze werden umgangen und die Arbeitenden müssen das alles hinnehmen, weil Demokratie vor dem Werkstor endet und draußen zahlreiche Arbeitssuchende warten.

Auch in den Bildungseinrichtungen bläst uns ein immer schärferer Wind entgegen. Schulen und Universitäten sind durch das neoliberale Krisenregime noch mehr zur Zielscheibe des staatlichen Rotstifts geworden, was für SchülerInnen und Studierende in Form von veralteten Lehrmitteln und desolaten Räumlichkeiten, schlecht beheizten Klassenzimmern und überfüllten Hörsälen, ausgedünntem Lehr-

angebot und überfordertem Lehrpersonal täglich erlebbar ist. Gleichzeitig wird die Auslese vor allem sozial benachteiligter Jugendlicher intensiviert, die von einem auf Konkurrenzkampf und Elitenbildung ausgerichteten Bildungswesen ausgespuckt werden. Hohe Kosten für Lernunterlagen, die Kürzung staatlicher Leistungen und immer öfter notwendige Nachhilfe verstärken diese Tendenz. Durch die Einführung der Zentralmatura und der sogenannten „Studieneingangs- und Orientierungsphase“ (STEOP) steigt der Leistungsdruck, dem auf der anderen Seite der Zwang zu Lohnarbeit infolge einer prekären finanziellen Situation gegenübersteht. Dazu kommt, dass auch höhere Bildungsabschlüsse heute

keineswegs mehr eine Garantie für eine künftige erfolgreiche berufliche Positionierung sind.

Von Zukunftsplanung können viele junge Menschen aufgrund unsicherer Perspektiven, Arbeitslosigkeit oder handfester Armut nur träumen. Hand in Hand mit dieser Unsicherheit gehen soziale Ausgrenzung und psychische Belastungen. Ganze 45 Prozent der österreichischen Studierenden leiden unter studienerschwerenden psychischen Problemen. In den Schulen lei-

det mittlerweile schon jede/r dritte SchülerIn unter psychosomatischen Begleiterscheinungen durch Stress. Unter jungen ArbeiterInnen und vor allem bei erwerbslosen Jugendlichen sind diese Zahlen ähnlich hoch.

Ähnlich schockierend sind die Zahlen zur Kinder- und Jugendarmut: Unter den über eine Million Menschen in Österreich, die arm beziehungsweise armutsgefährdet sind, sind 130.000 Kinder und Jugendliche. Das bedeutet, dass über einhunderttausend junge

Menschen im siebtreichsten Land der Erde beispielsweise in schlechten Wohnverhältnissen aufwachsen, nicht an Klassenfahrten teilnehmen können oder die Wohnung im Winter nicht ausreichend geheizt werden kann! Armutserfahrung in frühen Jahren beeinträchtigt Menschen oft ihr Leben lang, da sie nicht nur schlechtere Aufstiegschancen haben, sondern sich auch die Erfahrung von Ausgrenzung und Mangel auch negativ auf die persönliche Entwicklung und sogar die Gesundheit auswirkt.





Geld für Schulen statt für Banken!

Leistungsdruck, marode Schulen, fehlende Chancen für Kinder aus sozial schwachen Familien, Rassismus, Benachteiligung von Frauen – so schaut derzeit die Lebensrealität vieler Schülerinnen und Schüler aus. Alleine dass für nicht wenige junge Menschen der tägliche Weg in die Schule eine Qual ist, weil sie Angst haben, eine Prüfung zu versauen oder dem Druck nicht standhalten zu können, spricht Bände über das österreichische Schulwesen.

SPAREN, SPAREN, SPAREN...

Das ist die allgegenwärtige Devise, die wir SchülerInnen ständig erleben müssen. Es ist ein Armutszeugnis für Österreich, wenn an der Zukunft dieses Landes gespart wird, aber Milliarden für Bankenrettungspakete vorhanden sind. Zugleich lässt der Leistungsdruck viele SchülerInnen verzweifeln. Unsere Schulen sollten uns eigentlich Bildung, Wissen und Freude am Lernen vermitteln, die Wirklichkeit sieht leider anders aus: Wir Schülerinnen und Schüler werden unter Druck gesetzt, nur damit wir später möglichst leistungsfähige und unmündige Roboter in den Jobs und in

der Gesellschaft werden. SchülerInnen, die nicht mithalten können, werden von diesem System ausgespuckt.

ÖSTERREICH: EINE KLASSENGESELLSCHAFT

Chancengleichheit ist in Österreich ein leeres Wort. Kinder aus ArbeiterInnenfamilien oder Jugendliche mit Migrationshintergrund haben im Bildungswesen wie im Arbeitsleben von Beginn an schlechtere Startbedingungen. Ähnlich verhält sich die Situation von Mädchen und jungen Frauen, die noch immer in klassische Rollenbilder gedrängt und auch in der Schule

vielfach diskriminiert werden.

Das österreichische Bildungssystem führt zu massiver sozialer Selektion, es benachteiligt also Kinder aus armen Bevölkerungsgruppen. Am deutlichsten wird dies beim Blick auf die soziale Zusammensetzung der Studierenden, die zuvor die Matura abgeschlossen haben müssen: Der Anteil von Studierenden, deren Eltern als höchsten Abschluss eine Lehre haben, beträgt knapp 35 Prozent. Der Anteil von Menschen mit Lehre als höchsten Abschluss an der Gesamtbevölkerung beträgt aber mehr als 65 Prozent. Wir sehen also: Für Kinder aus AkademikerInnenfamilien ist die Hürde auf die Universität

wesentlich niedriger. Kindern aus proletarischen und/oder migrantischen Milieus steht eine höhere Bildungslaufbahn aufgrund der elterlichen Biographie wesentlich ferner. Für viele Eltern ist ein längerer Schul- oder gar Universitätsbesuch schlichtweg nicht leistbar. Soziale Selektion erschwert Kindern aus ArbeiterInnen- bzw. MigrantInnenfamilien den Zugang zu höherer Bildung: Ärmere werden benachteiligt und schaffen es in Folge seltener bis zur Matura. Beim Start ins Berufsleben wiederum fehlen die in Österreich nach wie vor so wichtigen Beziehungen.

BILDUNG FÜR ALLE. SONST GIBT'S KRAWALLE!

Uns wird vom Staat vorgegaukelt, dass unsere Schule nichts kostet. Doch wenn man sieht, was Österreichs SchülerInnen mittlerweile an Geld brauchen um bis zur Matura zu kommen und es für ärmere Familien zunehmend schwieriger wird, ihren Kindern ein Studium zu ermöglichen, zeigt sich ein ganz anderes Bild. Es fängt an mit Kosten für Schulausflüge, Kopiergeld und hört mit den Ausgaben für Nachhilfe-Unterricht auf. Während wir und unsere Eltern

immer mehr Geld für die Schulbildung aufbringen müssen, zieht sich der Staat Stück um Stück aus seiner Verantwortung zurück und kürzt bei unseren Schulen und an unserer Bildung. Im Zuge des staatlichen Rückzugs aus der Schulfinanzierung („Schulautonomie“) ist der Einfluss von Konzernen massiv gestiegen. Diese bringen nicht nur ihre Werbung an Reklametafeln in Schulen sowie in Heften an, sondern bestimmen zunehmend Unterricht und Lehrinhalte mit – freilich verknüpft mit handfesten wirtschaftlichen Interessen. Zudem ist im System des Kapitalismus umfassende Bildung für alle gar nicht vorgesehen. Vielmehr soll nur das gelehrt werden, was man für die Ausübung des späteren Berufs braucht. Kritische Köpfe kann „die Wirtschaft“ nicht gebrauchen, daher wird den SchülerInnen auch so gut wie kein Mitspracherecht zugesprochen.

Dazu kommt, dass das österreichische Schulsystem aus dem vorvorletzten Jahrhundert stammt. Neue Lehrmethoden finden kaum Eingang, der Frontalunterricht stellt den Regelfall dar. Staatliche Kürzungen haben überforderte LehrerInnen, schlecht beheizte und überfüllte

Klassenräume und veraltete Lehrmittel zur Folge und erhöhen wiederum Jahr für Jahr die Ausgaben für teuren Nachhilfe-Unterricht. Wer sich das nicht leisten kann, fällt – im wahrsten Sinne des Wortes – durch.

NEIN ZUR ZENTRALMATURA!

Durch die Einführung der Zentralmatura wird über all unsere Stärken, Schwächen und Interessen drübergefahren. Mittels Normierung des Unterrichts wird jede nur erdenkliche Form der Selbstbestimmung und Kreativität erdrückt. Der Stoff wird von oben vorgegeben, um alle auf die Zentralmatura „vorzubereiten“. Die SchülerInnen werden oft nur noch in vielfach zu kleine Klassen gepresst und der Stoff wird in die Köpfe gehämmert. Dabei etwas für's Leben zu lernen ist bei den derzeit angewandten Methoden schier unmöglich. Der Leistungsdruck auf uns Schüler und Schülerinnen wächst durch die Einführung der Zentralmatura enorm.

EINE ANDERE SCHULE IST MÖGLICH!

Wir wollen eine solidarische Bildung als Teil einer solidarischen Gesellschaft – und zwar ohne Konkurrenzkampf, Notendruck und Aussonderung sozial schwacher SchülerInnen. Dazu braucht es eine gemeinsame Schule für alle, in Form einer Gesamtschule. Aber das allein genügt nicht: Die Bildung muss demokratisiert werden, wir Jugendlichen müssen an der Gestaltung des Unterrichts beteiligt werden. Selbstständig denkende und arbeitende SchülerInnen müssen das Ziel unserer Bildungseinrichtungen sein und nicht auswendig lernende Roboter.



Für ein Einkommen zum Auskommen!

Mit 15 Jahren müssen sich viele junge Menschen entscheiden, ob sie weiter zur Schule gehen oder eine Lehre beginnen wollen. Einige beginnen eine Lehre, um endlich unabhängig von den Eltern sein zu können. Wieder andere leben in Familiensituationen, die es aus finanziellen Gründen gar nicht erlauben, weiter zur Schule zu gehen.

JAUSENTRÄGERIN STATT VERSPROCHENER TOP-AUSBILDUNG...

In Stellenausschreibungen für Lehrplätze werden dann meist Karrierechancen angepriesen und Top-Ausbildungen für junge Menschen versprochen. Der Lehrplatz wird als

Karrieresprungbrett verkauft und eine gesicherte Zukunft wird versprochen. Es wirkt fast so, als würden wir in einem Wunderland leben, in dem Milch und Honig fließen und jeder Lehrling das bestmögliche Rüstzeug für sein weiteres Leben erlernt. Eine gute Ausbildung wird versprochen, die später beste Jobmöglichkeiten bieten wird. Immerhin herrsche ja ein Mangel an FacharbeiterInnen, wie in den Medien oft zu hören und lesen ist.

Die Realität sieht aber anders aus: Viele junge Menschen, die Jahr für Jahr eine Lehre beginnen wollen, finden gar keine Ausbildungsplätze. Die Schuld dafür wird wiederum den Jugendlichen selbst gegeben.

Die, die Glück haben und eine Lehrstelle finden, erleben oft schlechte Arbeitsbedingungen, wenig bis kein Recht auf Mitsprache im Betrieb und bekommen eine so geringe Ausbildungsentschädigung, dass ein von den Eltern unabhängiges und eigenständiges Leben gar nicht erst möglich ist. Sie werden von ihren AusbilderInnen vielfach als billige Hilfskräfte, zum Aktenschlichten oder als JausenträgerInnen für die Vorgesetzten eingesetzt. Von Ausbildung kann vor allem in den ersten Monaten oftmals keine Rede sein.

Die, die ihre Lehre schon abgeschlossen haben, werden oft von der Firma, die sie ausgebildet hat, vor die Tür gesetzt. Von einer sicheren Zukunft und einem sicheren Einkommen können viele junge Menschen nur träumen. Das ist eine Frechheit!

LEHRSTELLENMANGEL, HUNGERLOHN UND AUSBILDUNGSMISERE

Während wir in der Öffentlichkeit immer vom Mangel an FacharbeiterInnen hören, bleibt für tausende junge Menschen die Suche nach einem Ausbildungsplatz ohne Erfolg. Alleine im August 2014 wollten über 8.500 Jugendliche ins Arbeitsleben einsteigen, konnten aber nicht, weil es nur halb so viele Lehrstellen gab. Mehr als 4.000 junge Menschen haben also gar keine Möglichkeit eine Lehrstelle zu finden und werden jetzt vom AMS „betreut“. Diese „Betreuung“ besteht aus zahlreichen Schulungen, die zwar keine besseren Jobaussichten bringen oder Fähigkeiten vermitteln, dafür aber die Perspektivlosigkeit der österreichischen „Jugendpolitik“ aufzeigen. Verwundern kann diese Situation eigentlich nicht. Sieht man sich die Zahlen von Betrieben an, die überhaupt noch Lehrlinge ausbilden, ist man geradezu schockiert. Vor nur fünf Jahren haben noch 6.000 Betriebe mehr Lehrlinge ausgebildet als heute. Dass Lehrstellen somit eine bewusst geschaffene Mangelware sind, liegt auf der Hand. Eine Verpflichtung für Betriebe Lehrlinge auszubilden, gibt es nämlich nicht.



Hat man Glück und findet eine Lehrstelle, kommt die Lehrentschädigung in vielen Fällen nicht einmal an die offizielle Armutsgrenze heran. In einer der beliebtesten Lehrausbildungen für Mädchen, FriseurIn, erhältst du im ersten Lehrjahr beispielsweise 385,- Euro, im vierten Lehrjahr 750,- Brutto! Dafür, dass Lehrlinge nichts mitentscheiden dürfen, oft zum Boden-Aufwischen eingesetzt werden und sich alles gefallen lassen müssen, werden sie mit ein paar Almosen abgespeist, von denen ein unabhängiges und selbstständiges Leben einfach nicht möglich ist. Und als ob das noch nicht reichen würde, musst du dann in einigen Betrieben auch noch die Internatskosten für die Berufsschule selber bezahlen. Das ist eine Frechheit!

ARBEITSLOSIGKEIT

In Österreich erleben wir momentan die höchste Arbeitslosigkeit seit 1945. Im Jänner 2015 waren 369.837 Menschen in Österreich arbeitslos gemeldet! Dazu kommen noch 79.831 Personen, die in den Statistiken zur Arbeitslosigkeit gar nicht erst aufscheinen, weil sie sich in – oftmals ohnehin nutzlosen – Schulungen befinden. In Summe ergibt das die zum Himmel stinkende Zahl von beinahe 500.000 Menschen, die trotz Erwerbsfähigkeit auf Arbeitslosigkeit

oder Mindestsicherung angewiesen sind, um überhaupt überleben zu können. Hunderttausende Menschen also, die in die Arbeitslosigkeit gedrängt wurden, während ein Belastungspaket nach dem anderengeschnürt wird und Milliarden zur Rettung von maroden Banken wie der HYPO verwendet werden. Gekürzt wird bei Arbeitsplätzen und Lehrstellen nicht aber bei Managergehältern und Prämien für SpitzenverdienerInnen. Das ist eine Frechheit!

ARM TROTZ ARBEIT

Mehr als 1,2 Millionen Menschen in Österreich sind arm oder armutsgefährdet, Tendenz steigend. Armutsgefährdet sind alle, die weniger als 1090 Euro pro Monat haben. Viele Beschäftigte träumen aber sogar noch von diesem mickrigen Einkommen. Statt Vollzeitbeschäftigten wuchern Teilzeitverhältnisse wie Schwammerl auf dem Misthaufen einer arbeitserInnenfeindlichen Politik. Sie müssen sich mit unsichereren Jobs oder als Generation Praktikum für ein Taschengeld durchschlagen und überlegen zum Monatsende „Essen oder heizen?“ Es wundert leider wenig, dass 426.000 Menschen in manifester Armut leben. Das heißt, dass die grundlegenden Bedürfnisse nicht gedeckt werden können. Und alleine in Wien können

im Winter weit über 100.000 Menschen ihre Wohnung nicht heizen. Das ist eine Frechheit!

FÜR STARKE UND KÄMPFERISCHE GEWERKSCHAFTEN!

Manche Gewerkschaftsspitzen oder BetriebsrätInnen spielen bei diesem bösen Spiel auch noch mit. Geblendet von der sogenannten „Sozialpartnerschaft“ lassen sie sich von der Wirtschaft einlullen und vertreten nur mehr die Interessen der Chefs. Sie stimmen Kündigungen und Standortschließungen zu und sagen uns: „Da können wir nichts machen.“ Lohnerhöhungen, die nicht mehr als ein paar Euros ausmachen, werden dann gefeiert, als wäre das ein Riesenerfolg. Das ist eine Frechheit! Wir wollen uns all das nicht gefallen lassen. Wir akzeptieren nicht, dass wir für einen Hungerlohn ausgebeutet werden und dafür auch noch dankbar sein sollen. Wir wollen, dass Gewerkschaften wieder die Rolle einnehmen, die sie einmal hatten: eine kämpferische! Denn: Kein Chef wird uns etwas schenken!

WAS WIR WOLLEN:

- Für die Übernahme im erlernten Beruf!
- Für eine Lehrentschädigung, von der du leben kannst!
- Wiedereinführung des Lehrlings-Kündigungsschutzes!
- Ausbau von öffentlichen Ausbildungsstätten!



Komm zu uns und lass uns gemeinsam für diese Ziele und eine bessere Zukunft kämpfen! Wir sind die Generation Widerstand. Wir sind die KJÖ!



Bildung ist keine Ware!

Bildung um Menschen zu befähigen, die Welt, ihre Strukturen und ihre Gesetzmäßigkeiten zu verstehen und daraus die Entwicklung des Menschen voranzutreiben - also Bildung im eigentlichen Sinne und im Interesse der Menschheit – gibt es heute nicht mehr. Bildung wird im Kapitalismus längst als wirtschaftliche Ressource gesehen. Das bedeutet, dass Bildung von Menschen nach den momentanen Profitinteressen der herrschenden Klasse betrieben wird. Am deutlichsten wird das am Blick auf die Studienlandschaft auf Österreichs Hochschulen. Die sogenannten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) werden seit Jahren gefördert, während in den Geisteswissenschaften um jeden Cent

gekämpft werden muss. Das liegt natürlich auch daran, dass die Förderungen in diesem für die Wirtschaft äußerst lukrativem Bereich auch zu einem gewissen Teil direkt aus der Wirtschaft kommen. Während in Bereichen der Technik tatsächlich noch große Profitraten erzielbar sind, kann man mit Philosophie, Geschichte, etc. nicht viel Geld verdienen. Und schließlich zählt für den Kapitalismus nicht die gesellschaftliche Nützlichkeit, sondern einzig und allein die Frage des Profits.

ZUR SITUATION DER ÖSTERREICHISCHEN UNIVERSITÄTEN

In diesem System der Profitrechnung befindet sich auch das österreichische Hochschulwesen. Die Universitäten

beklagen sich Semester für Semester über zu wenig Budget. Marode Gebäude, überfüllte Hörsäle, zu wenige Lehrstellen, keine ausreichenden Kapazitäten in Übungen und Laboreinheiten und viele weitere Probleme, sind offensichtliche Folgen einer Unterfinanzierung des universitären Bereichs.

2002 wurde in Österreich das Bachelor/Master-System flächendeckend (mit wenigen Ausnahmen) eingeführt. Das bedeutet zum einen eine Anpassung an den angloamerikanischen Hochschulbetrieb, zum anderen aber eine komplette Umstellung in der Art und im Ziel der Bildung. Während früher die Universitätslaufbahn mit Magister oder Doktor geendet hat, gibt

es heute die Abschlüsse Bachelor, Master, PhD. Doch das sind keine bloßen Umbenennungen der alten Titel, sondern es ist vielmehr die Orientierung an einem Ausbildungssystem für möglichst gut verwertbare Arbeitskräfte. Durch die Umstellung befindet sich noch immer vieles im organisatorischen Chaos. So wird ein Bachelortitel noch immer von vielen Unternehmen nicht anerkannt, der PhD umgekehrt ist vorwiegend in der Forschung gefragt. Worauf dieses System hinausläuft, ist allerdings erkennbar: Es soll einen großen Teil an Bachelor-AbsolventInnen geben, die als billige Arbeitskräfte aus den Hochschulen in die Privatwirtschaft kommen, einen bedeutend kleineren Teil an Master-AbsolventInnen, die sich auf Privatwirtschaft und Hochschulbereich verteilen und einen sehr kleinen Teil an PhD-AbsolventInnen, der sich größtenteils um die Forschungsleitung der nächsten Jahre kümmern soll.

FREIER HOCHSCHULZUGANG IN GEFAHR!

Ziel der ökonomischen und politischen Eliten ist es, dieses System zu etablieren. Doch „Zeit ist Geld“ und deswegen wird eine solch langfristige Änderung teilweise bereits während der Umstellung selbst durch wieder neue „Erfindungen“ untergraben. Da wird auf der einen Seite versucht endlich den Studierendenfluss zu kontrollieren, indem man Aufnahmetests, Konstrukte wie die Studieneingangs- und Orientierungsphase (StEOP), Studiengebühren etc. einführt, auf der anderen Seite hat sich die Wirtschaft längst darauf umgestellt statt normaler Anstellungsverhältnisse lediglich kurzfristige Praktika zu vergeben. Die Studierenden und jene, die es werden wollen, befinden sich also in einer re-

lativ tristen Position. Zuerst dürfen sie sich durch etliche Aufnahmeverfahren quälen, um letztlich von einem zwei-monatigen Praktikum zum nächsten zu wechseln.

DER DRUCK STEIGT...

Die Aufnahmeverfahren werden dabei immer ausgefeilter. Der Test vor Beginn des Studiums, der es seit jeher in verblüffender Weise immer wieder schafft, auf fairste Art und Weise die richtigen 372 von 982 StudienanfängerInnen auszuwählen, ist der erste Schritt. Mittlerweile sind etliche Studiengänge auf diese Art zugangsbeschränkt. Diese Hürde einmal geschafft zu haben, bedeutet, dass man sich nun in der StEOP von Prüfung zu Prüfung schlagen muss. Denn wenn eine einzige StEOP-Prüfung fehlt, darf auch nicht weiterstudiert werden. Dreimal, in vielen Fällen sogar lediglich zweimal, die Prüfung nicht zu schaffen, heißt, das Studium wechseln oder pausieren zu müssen, denn in Österreich ist man ab diesem Zeitpunkt für dieses Studium ein Jahr gesperrt. Schafft man man auch diese Schikane, darf man sich endlich von überfülltem Kurs zu Kurs drängen. Oft werden Lehrveranstaltungen auch nur alle zwei Semester angeboten. Einmal verpasst, bedeutet das also in vielen Fällen eine verlängerte Studiendauer, was wiederum zu Studiengebühren führt.

Doch Studiengebühren, die finanziell im Endeffekt für die Universitäten uninteressant sind, sind nicht der einzige Schlag ins Gesicht der Studierenden. Neben steigenden Lebenshaltungskosten und den Studiengebühren kommen dann auch noch der Wegfall der Familienbeihilfe und etlicher Vergünstigungen, wie des Semestertickets, hinzu. Wer also weiterstudieren möchte, der/die muss arbeiten. Über

60 Prozent aller Studentinnen und Studenten müssen während des Semesters bereits einer Lohnarbeit nachgehen um sich das Studium leisten zu können. Studienbeihilfen sind längst zur Farce geworden und helfen nur mehr zu geringen Teilen. Arbeiten ist also für viele Studierende (über 80 Prozent, rechnet man die Sommerferien dazu) längst notwendig geworden um überhaupt studieren zu können. Diese Doppelbelastung führt natürlich nicht zu einem schnelleren Abschluss des Studiums, wenn sie ihn nicht gänzlich verhindert, darf dann mit abgeschlossenem Master endlich in die Praktikumswelt eingestiegen werden.

Vielen Studierenden ist aufgrund ihrer persönlichen Lage und des Drucks der auf ihnen lastet oft nicht bewusst, dass es in vielen Fällen besser wäre sich gemeinsam gegen diese Frechheiten zu wehren. Die psychische Belastung (über 45 Prozent der Studierenden leiden an psychischen Problemen!) und der finanzielle Druck führen in vielen Fällen zu einem verschlimmerten Konkurrenzdenken mit Entsolidarisierungseffekten.

Dem muss angesichts der dramatischen Lage entgegengewirkt werden. Es reicht nicht mehr sich hinzusetzen und abzuwarten. Wir müssen die Generation Widerstand werden und gemeinsam gegen diese Ungerechtigkeiten kämpfen.



Wo sehen Sie sich in fünf Jahren?

Europaweit steigen die Arbeitslosenraten. Einer Horrormeldung folgt die nächste – die Abstände dazwischen werden immer kürzer. Gerade jene, die neu ins Berufsleben einsteigen, sind besonders hart davon betroffen. Des einen Leid, des anderen Freud: Noch nie waren so viele junge Menschen so dringend auf einen Arbeitsplatz angewiesen und dementsprechend leicht unter (Lohn)druck zu setzen.

Monatlich werden vom sogenannten Arbeitsmarktservice Berichte zur Arbeitsmarktlage in Österreich veröffentlicht. Im Juli 2014 hatte das AMS für 351.313 Arbeitslose bzw. Zwangsschulungsteilnehmer 26.734 offene Stellen zu bieten. Auf eine offene (Teilzeit)stelle kommen im Schnitt also mehr als 13 BewerberInnen.

Diese Zahlen stammen aus dem Sommer, wo im Freien gearbeitet werden kann, also dementsprechend weniger Menschen auf Jobsuche sind und verhältnismäßig mehr offene Stellen angeboten werden. In den Wintermonaten schaut die Lage noch wesentlich schlechter aus. Dann wird

die Zahl der Erwerbsarbeitslosen in Österreich um deutlich mehr als 100.000 Menschen ansteigen und bei fortlaufendem Trend im Winter 2014/15 wohl an der Marke von 500.000 zu liegen kommen.

Eine halbe Million Menschen ohne Arbeit und das in einem Land, dessen „sozialdemokratisch“ geführte Regierung gerade 19 Milliarden Euro für die Rettung einer einzigen Bank, nämlich der Hypo-Alpe-Adria, ausgibt. Dass es bereits im Jahr 2013 die höchste Arbeitslosigkeit seit Gründung der Zweiten Republik gab, scheint die Regierenden wenig zu kümmern, man kann sich ja immerhin noch damit rühmen im EU-Vergleich ein Muster-

land zu sein. Indirekt und unbeabsichtigt wird damit der wahre Charakter der Europäischen Union sehr deutlich.

DIE SCHICKSALE HINTER DER STATISTIK

Wenige offene Stellen, viele Arbeitslose und ein gewollt unzureichendes System sozialer Absicherung drängen junge Menschen in Österreich in prekäre und unsichere Beschäftigungsformen. Werkverträge, „freie“ Dienstverträge, Praktika, Teilzeitstellen und Befristungen treten immer mehr an die Stelle unbefristeter Vollzeitstellen.

Die Lösung für zu wenig offene Stellen scheint für die herrschende Politik jedenfalls immer darin zu bestehen den Druck auf diejenigen, die keine Stelle finden zu erhöhen und nicht darin, ein Wirtschaftssystem zu schaffen, das ausreichend Arbeitsplätze bietet.

Wer gerade arbeitslos ist und das Glück hat, bereits einen Anspruch aus der Arbeitslosenversicherung erworben zu haben, wird vom AMS unter zunehmenden Druck gesetzt. Als Instrument hierfür dient unter anderem die Betreuungsvereinbarung, bei der es sich weder um eine Vereinbarung noch um Betreuung handelt. Vielmehr werden einseitig formale Vorgaben



gemacht, deren Einhaltung kontrolliert und sanktioniert wird. Beispielsweise wird eine Anzahl von zu dokumentierenden Eigenbewerbungen pro Monat festgelegt. Die Zeiten, in denen es ein Arbeitsamt gab, welches vorrangig Stellen vermittelte, sind lange vorbei.

Führt die geforderte Eigeninitiative mangels offener Stellen zu keinem Erfolg, werden Kurse und Qualifizierungsmaßnahmen angeordnet. Ein weiteres Druckmittel des AMS sind sogenannte Sozialökonomische Betriebe. Sie dienen dazu, Kollektivvertragslöhne auszuhebeln und Arbeitslose zu Dumpinglöhnen zur Erwerbsarbeit zu zwingen. Bruttolöhne um die 1.000 Euro im Monat sind hier keine Seltenheit.

So verwundert es dann wenig, wenn in Bewerbungsgesprächen ungeniert unzulässige Fragen gestellt werden: Haben Sie eine Freundin, sind Sie Raucher, sind Sie politisch aktiv? Gelingt es einmal ein Bewerbungsgespräch erfolgreich zu überstehen und der oder die aus der Masse Auserwählte zu sein, so bedeutet das jedoch noch lange nicht, dass damit eine sorgenfreie Zukunft gewährleistet ist.

Im Wissen, dass hinter einer/m meist dutzende andere BewerberInnen auf den Job warten, gelingt es den Unternehmen Bedingungen durchzusetzen, die in Österreich vor wenigen Jahren noch undenkbar waren. Oft sind diese Verschlechterungen rechtlich noch nicht einmal zulässig!

Egal ob die Arbeit nun im Rahmen eines Werkvertrages, eines freien Dienstvertrages, eines Praktikums oder im Rahmen eines befristeten Dienstverhältnisses absolviert werden muss, es gibt wesentlich weniger



Rechte, schlechtere Entlohnung und als Zugabe den Verzicht, die eigene Zukunft planen zu können.

Arbeitsverhältnisse orientieren sich nur mehr an immer kurzfristigeren Bedürfnisänderungen der Wirtschaft, die negativen Konsequenzen sollen wir tragen. Heute hier, morgen gar keinen und übermorgen dort einen Job. Je kürzer die Beschäftigungsdauer und je öfter der Job gewechselt werden muss, desto schwieriger fällt es das Familien- und Privatleben mit der Arbeit in Einklang zu bringen.

Während die Generation unserer Eltern zum Berufseinstieg aus mehreren unbefristeten Vollzeitjobs den passenden aussuchen und von einem gesicherten Arbeitsplatz mit jährlichen Reallohnsteigerungen profitieren konnte, müssen wir uns mit den folgenden und vielen weiteren Problemen herumschlagen: Kann ich als Mann in Karenz gehen, wenn mein befristetes Dienstverhältnis in wenigen Wochen endet und ich nicht sicher bin, ob es verlängert wird, oder bleibt die Kinderbetreuung der Partnerin überlassen? Laufe ich als Frau nach 20 Wochen Arbeitslosengeldbezug Gefahr ohne eigenes Einkommen dazustehen und in die totale Abhängigkeit zum Partner gedrängt zu werden, weil das Partnerein-

kommen bei der Notstandshilfe angerechnet wird? Darf ich einen Mietvertrag abschließen, den ich über einen längeren Zeitraum nicht kündigen kann, wenn ich mir nicht sicher bin, wo/ob ich als nächstes Arbeit finde? Habe ich bei einem neuen Job im Sommer einen Urlaubsanspruch und kann ich daher Monate zuvor eine Reise buchen? Kann ich mir Kinder überhaupt leisten?

All dies hinterlässt natürlich Spuren. Stress und psychische Belastung nehmen zu. Zusätzlich wird es auch immer schwieriger, die eigenen Interessen im derzeitigen politischen System durchzusetzen. Betriebsratswahlen, die nur alle vier Jahre stattfinden, sind nicht mit auf wenige Monate befristeten Jobs in Einklang zu bringen. Unsere Antwort, auf die häufig in Bewerbungsgesprächen gestellte Frage, wo wir uns denn in fünf Jahren sehen, muss daher sein: Als Teil der Generation Widerstand – heute, morgen und übermorgen! Denn ohne Gegenwehr werden wir in fünf Jahren unter noch wesentlich schlechteren Bedingungen leben und arbeiten müssen, als heute schon. Darum gemeinsam für eine lebenswerte Zukunft jenseits des Kapitalismus! There Is No Alternative!

Kein Hauch von Gleichberechtigung

„Bund, Länder und Gemeinden bekennen sich zur tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau“ heißt es in Artikel 7 Abs. 2 des Bundesverfassungsgesetzes und tatsächlich konnte dank der Frauenbewegung die Lebenssituation von Frauen im 20. Jahrhundert verbessert haben. Von tatsächlicher Gleichberechtigung sind wir aber immer noch meilenweit entfernt.

WENIGER LOHN, WENIGER PERSPEKTIVEN

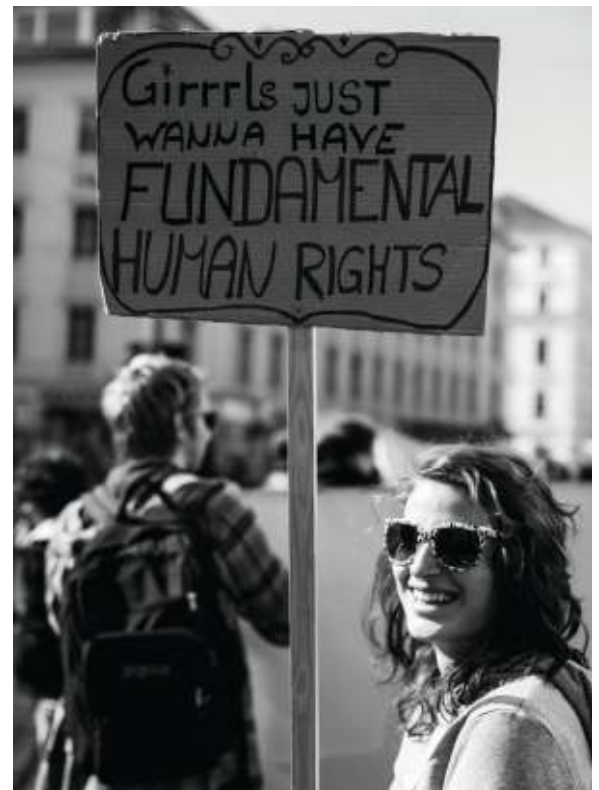
Frauen werden in vielerlei Hinsicht diskriminiert. Sie verdienen über 25 Prozent weniger als Männer. Fraueneinkommen steigen langsamer, der Lebensstandard von Frauen und Mädchen in Österreich liegt weit unter jenem der Männer. Gravierend wirkt sich aus, dass sogenannte „frauentypische Berufe“ deutlich schlechter bezahlt sind. Das fängt schon bei der Lehre an, setzt sich später fort: Berufsgruppen, in denen deutlich mehr Frauen vertreten sind (Einzelhandel, Pflege, Kinderbetreuung, etc.) sind spürbar schlechter bezahlt. Hinzu kommt, dass fast die Hälfte aller Frauen Teilzeit arbeitet. Die Folge: Deutlich geringerer Verdienst, weniger Aufstiegschancen, Überstunden werden nicht dementsprechend bezahlt, letztlich weniger Pension. Obwohl Frauen durch Arbeit eine gewisse ökonomische Unabhängigkeit erreichen können, sind sie von der doppelten Ausbeutung betroffen: denn noch immer ist es meist die Frau, welche die Hausarbeit erledigt.

Frauen sind überdies konservativen Rollenbildern und Klischees ausgesetzt. Das angeblich „schwache Geschlecht“ ist überall diesen Vorurteilen ausgeliefert. Sexismus ist untrennbarer Teil der kapitalistischen Gesellschaft. Über sexistische Witze bis hin zu Übergriffen und Gewalt sehen wir eine breite Palette an Angriffen auf Frauen, die sich auf allen gesellschaft-

lichen Ebenen abspielen. „Dumme“ Blondinen, „typische Zicken“, die Frau, die nicht einparken kann – das sind alles Klischees, denen wir immer wieder begegnen. Das alles zeigt, welche Stellung der Frau in unserer Gesellschaft zugeschrieben wird.

KAMPF UMS GANZE

Sexismus ist tief in unserer Gesellschaft verwurzelt. Nur zu gut können wir uns an die Sommerlochdebatte 2014 um die Bundeshymne erinnern, als es für viele offenbar gleichzeitig möglich war, sich von der für die eigene „Toleranz“ von aller Welt für Conchita Wurst abfeiern zu lassen, nur um wenig später dem selbsternannten Vorkämpfer gegen den "Genderwahn" und Schlagerdeppen Andreas Galabier zuzujubeln. Sexismus diene schon immer dazu, die Masse der Menschen zu spalten, die Geschlechter gegeneinander auszuspielen, in kleine Gruppen zu teilen und damit unter Kontrolle zu halten. Wer die Frau an der kurzen Leine hält, kann dies genauso mit dem Mann anstellen. So ist der Kampf um die Befreiung der Frau gleichzeitig ein Kampf für eine andere Gesellschaft, ohne Leinen und Ketten.



Unsere Orientierung ist daher: alles, was die Frauenfrage vorantreibt, was den Frauen Selbstbewusstsein vermittelt, ihre rechtliche, soziale und politische Stellung stärkt, all das gehört vorangetrieben. Klassenkampf und Kampf für die Frauenbefreiung gehören für uns zusammen. Von arbeitenden Frauen und Mädchen weit entfernte, abgehobene Debatten wie jene nach Frauenquoten in Aufsichtsräten kapitalistischer Konzerne sind unsere Sache hingegen nicht. Für uns ist die Befreiung der Frau untrennbar mit der Frage nach einer Gesellschaft verbunden, die gänzlich frei von Ausbeutung ist.



Diskriminierung auf allen Ebenen

Menschen mit Migrationshintergrund und/oder nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft stehen in unserer Gesellschaft nochmal eine Stufe weiter unten als „ursprünglich österreichische“ ArbeiterInnen. Die Bandbreite an Diskriminierungen erstreckt sich von gravierenden Unterschieden in Entlohnung und allgemeinem Lebensstandard über rassistische Angriffe und tAlltagsrassismus bis hin zu struktureller Benachteiligung.

LOHNDISKRIMINIERUNG

Beispiele für ökonomische Diskriminierung sind zahlreich: Migrantische Arbeiterinnen unterliegen zu ihrer Lohnschere als Frauen noch einer migrantischen Einkommensdiskriminierung und verdienen nochmals um ein Viertel weniger als ihre Kolleginnen. Sie sind öfter atypisch beschäftigt, fast vier Mal so häufig in Leiharbeit und doppelt so oft in befristeten Jobs. Aber auch hier gibt es wieder besondere Abstufungen nach der Herkunft. Frauen mit türkischer Staatsbürgerschaft verdienen als Arbeiterinnen und Angestellte beinahe ein Drittel weniger als ihre Kolleginnen mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Der Umstand der generellen migrantischen Lohndiskriminierung ist skandalös. ArbeiterInnen und Angestellte nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft verdienen im Schnitt beinahe 25 Prozent weniger als ihre KollegInnen. Männer türkischer Staatsbürgerschaft zum Beispiel verdienen 27,2 Prozent weniger. Türkische Angestellte gleich 32,1 Prozent weniger.

ALLTAGSERFAHRUNG RASSISMUS

Neben statistisch gut fassbaren Kriterien wie Entlohnung oder nicht vorhandenen demokratischen Mitspracherechten sehen sich MigrantInnen Diskriminierungen auf informellen Ebenen ausgesetzt. Racial Profiling, also das gezielte Anhalten und Schikanieren von Menschen mit sichtbarem Migrationshintergrund, gehört zur Praxis der österreichischen Polizei. MigrantInnen werden oftmals vom Zugang zu höherer Bildung bzw. guten Ausbildungsmöglichkeiten ausgeschlossen. Hintergrund ist ein Bildungssystem, das nicht auf Gleichheit, sondern auf Ungleichheit basiert. Zugespielt wird das über die bereits skizzierte miserable ökonomische Situation von MigrantInnen, was kostspielige Bildungswege erschwert und den Teufelskreis immer weit spinnt. Rassistische Übergriffe und Beleidigungen gehören zur unmittelbaren Alltagserfahrung von MigrantInnen in Österreich. In den seltensten Fällen sind diese Ereignisse statistisch erfasst. Befeuert wird die Situation durch die

permanente rassistische Hetze von FPÖ, Kronen-Zeitung und Konsorten.

GEMEINSAME INTERESSEN

Das Bild der arbeitsscheuen und sozialschmarotzenden MigrantInnen wird tagtäglich, tagaus runter gebetet. Ein Gebet über das sich die Eliten nur freuen können: trägt doch Rassismus immer die Funktion der Entsolidarisierung von Menschen mit unterschiedlichen ethnischen Hintergründen, die aufgrund ihrer ökonomischen Lage miteinander viel mehr gemeinsam haben als mit ihren Chefs, in sich. Solange österreichische ArbeiterInnen davon überzeugt sind, dass ihre sich stets verschlechternde Lebenssituation den KollegInnen mit Migrationshintergrund und nicht in der Ausbeutung durch die Geschäftsführung geschuldet ist, reiben sich Industriellenvereinigung und Co. die Hände. Unsere Losung kann daher nur der gemeinsame Kampf für ein besseres Leben aller hier lebenden Menschen sein.

Die Vereinzelung überwinden: Neoliberale Strategien & ihre Überwindung

„There is no such thing as society“, ließ die Grande Dame des Neoliberalismus, Margaret Thatcher, ihre Untertanen einst wissen und brachte damit den neoliberalen Gesellschaftsum/-abbau auf den Punkt: Vereinzelung, Isolation und Atomisierung, um die arbeitenden Menschen schwach zu halten. Man wollte noch weiter perfektionieren, was John Lennon bereits in seinem Lied „Working class hero“ anprangerte: „As soon as you're born they make you feel small.“

FREIHEIT ZUR SELBSTAUSBEUTUNG

Vereinzelung, von der hier die Rede sein soll, wird auf zwei Ebenen vorangetrieben. Einerseits wird mit dem sozialwissenschaftlichen Begriff der Individualisierung ein psychosoziales Konzept beschrieben, dass die Freisetzung aus althergebrachten normativen Handlungssystemen bedeutet. Religion, Politik, Wirtschaft, aber auch die Familie, verlieren an Bedeutung und somit auch den Charakter von Leitsystemen für die eigene Lebensplanung. Die dadurch steigende Autonomie des Individuums ist aber nicht nur als eine Zunahme von Freiheit zu betrachten, sondern wird auch zu einer nicht zu unterschätzenden Bürde. Denn diese Freiheit bedingt sich andererseits durch die gesellschaftliche Rhetorik der meritokratischen Gesellschaft – also der leistungsorientierten Gesellschaft.

Neoliberale Argumente beziehen sich vornehmlich auf Schlagwörter wie „Wettbewerbsfähigkeit“ oder „Sachzwänge der Globalisierung“ und forcieren nicht nur schlanke Unternehmen, deren Positionen den „Besten“ zufällt,

sondern auch einen schlanken Staat, dessen Positionen genauso den „Besten“ zufällt. Somit trifft auch die ehemals „ewigen“ Beamten heute genauso eine befristete vertragbedienstete Anstellung, sowie wissenschaftliche Mitarbeitende oder Arbeitnehmer_innen, die nur allzu gerne über die arbeitsverleihenden Unternehmen zur Abdeckung von Spitzenzeiten hergenommen werden. Unsicherheit wird hier zu einem treibenden Moment - einem Moment der freiwilligen Selbstaussbeutung. Dies findet sich aber genauso in größeren Unternehmen, die gerne den Trumpf der industriellen Reservearmee, also der Masse an Erwerbslosen, ausspielen: „Es warten auch andere auf (d)eine Anstellung!“.

„VOLLKASKOGESELLSCHAFT“ FÜR DIE UNTERNEHMEN

Hier bietet sich ein Raum sozialer Macht, der Arbeitsverhältnisse um ihre Sicherheiten bringt. Je weniger ein gesetzlicher Schutz von Arbeitsverhältnissen vorliegt, desto weniger muss sich ein Unternehmen „kümern“. Ein konstanter Anstieg atypischer Beschäftigungsverhältnisse liegt demgemäß auch in Österreich vor. Auch wenn hierbei das Gros Teilzeitbeschäftigten mit besseren Schutzbarrieren ausmacht, sind die flexibleren Formen befristeter Beschäftigungen sowie Formen selbständiger Beschäftigung mit weniger Kosten und Risiken für die Unternehmerseite behaftet. Diese (nicht mehr ganz so neuen) Veränderungen der Beschäftigungsverhältnisse wurden aber nicht nur von Seiten der Wirtschaft gefordert, sondern eben auch

von staatlicher Seite mitgetragen. Hier lässt sich auch die zweite Ebene der Vereinzelung erkennen. Wenn man rechtliche Schutzfunktionen von neu geschaffenen Beschäftigungsverhältnissen abbaut, torpediert man zugleich auch die Möglichkeit, dass sich viele als Gleiche erkennen und ein Sprachrohr etablieren können, wie es sie für die traditionellen Branchen und Arbeitsverhältnisse noch gibt.

Vereinzelung heißt nun einerseits eine zunehmende psychische Belastung durch Arbeitsplatz- und Einkommensunsicherheit, die nur allzu gerne in freiwillige Selbstaussbeutung mündet. Es gilt: Mehr arbeiten für weniger Geld und somit auch weniger Freizeit. Andererseits bedeutet Vereinzelung die staatlich gestützte Isolierung Einzelner in Bezug auf SchicksalgenossInnen.

UNSERE ANTWORT: SOLIDARITÄT!

Widerstand gegen diese bedrohlichen Entwicklungen beginnt bei der öffentlichen Benennung des Problems durch kollektive Unmutserklärung. Dabei braucht es die Kraft und den Mut von ArbeiterInnen, Studierenden, SchülerInnen, Angestellten, Erwerbslosen, Lehrlingen, um gemeinsam unsere Forderungen zu artikulieren. Wir müssen uns Seite an Seite für eine Politik stark machen, die die arbeitende Bevölkerung und gesellschaftliche Bedürfnisse vor Profitinteressen stellt, für einen größeren Teil des Kuchens kämpfen und schließlich die gesamte Bäckerei übernehmen.

„Wer im Stich lässt seinesgleichen, läßt ja nur sich selbst im Stich.“ (Bertolt Brecht, Solidaritätslied)

Fight for your right!

Von Irland bis Zypern.

Auch wenn man immer öfter zu lesen bekommt, die Krise sei überwunden: gerade die Jugendlichen in Europa bekommen zu spüren, dass dem nicht so ist. Jugendarbeitslosigkeit, Armut und Perspektivenlosigkeit gehören auch in Europa immer öfter zum Alltag junger Menschen. Umso besser, dass sich diese nicht damit abfinden wollen.

Vermeintlich schleichend werden die Auswirkungen der kapitalistischen Krise in Österreich spürbar, aber auch hier steigt die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen, Studiengebühren werden Realität und die Teuerung trifft gerade uns Junge immer mehr. Voll eingeschlagen haben die Krisenauswirkungen in den Ländern im Süden- und Südosten Europas. Die ungerechten Maßnahmen von EU, IWF und EZB holen zwar den Banken ihr Geld zurück, treffen dabei aber vor allem die Jugend. Die völlige Priorität des aktuellen Systems, Profite zu sichern und zu steigern, lässt Unsicherheit und Ausbeutung der Jugendlichen ins unermessliche klettern und verwehrt ihnen so eine lebenswerte Zukunft.

Schon die offiziellen Zahlen sprechen Bände: 62,5% Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland, 56% der jungen Men-

schen in Spanien sind ohne Job. Ähnlich trist sieht es in Italien oder Portugal aus. Ein Viertel der jungen Menschen in Europa hat keinen Arbeitsplatz. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass die Dunkelziffer wesentlich höher liegt. Die Bedürftigkeit und Verzweiflung der jungen Menschen und der große Überschuss an Arbeitskräften werden sogar noch genutzt, um die Situation weiter zu gunsten der Banken und Konzerne zu drehen. Arbeitsbedingungen werden verschlechtert, prekäre Beschäftigungsformen und niedrige Einkommen werden ausgeweitet.

KÄMPFEN WIE IN GRIECHENLAND

So unerträglich die Zustände anmuten, so vehement regt sich der Widerstand unter jungen Menschen in ganz Europa. Schon 2008 gab es in Griechenland starke Proteste, die sich gegen die

mangelnde Perspektive für junge Menschen richteten. Trotz guter Ausbildung ist jungen GriechInnen ein Gehalt über 700 Euro kaum möglich, die meisten verdienen sogar noch weniger. Seit den ersten Protesten stellte sich die Polizei brutal gegen die DemonstrantInnen, 2008 starb ein 15-Jähriger durch ein Polizei-Projektile. Die Proteste in Griechenland gingen jedoch weiter – bis heute. Die Kommunistische Jugend Griechenlands (KNE) bringt immer wieder zehntausende Jugendliche landesweit auf die Straßen. Gemeinsam ist ihnen mit vielen anderen DemonstrantInnen, dass sie sich nicht damit abfinden wollen, ein Leben unter der Armutsgrenze zu führen, während auf ihrem Rücken Banken saniert werden. Ganz konkret sagen sie, dass sie nicht die „700-Euro-Generation“ sein wollen, sondern jene, die mit dem Kapitalis-



mus Schluss macht. Immer wichtiger wird in diesem Zusammenhang in Griechenland auch der Protest gegen die faschistische Partei „Goldene Morgenröte“, die Nationalismus und Ausländerhetze propagiert und so versucht, die soziale Frage in den Hintergrund zu drängen.

VON DER NACHBARSCHAFT BIS AUF DIE UNI – PROTESTE IN SPANIEN

Auch in Spanien und Portugal treten immer mehr junge Menschen aktiv für ihre Rechte ein. Wie in Resteuropa kämpfen die Jugendlichen auf der iberischen Halbinsel nicht nur für Arbeitsplätze, sondern auch gegen die Praxis, junge Menschen mit unbezahlten Praktika und befristeten Arbeitsstellen auszubeuten. Während die lose Bewegung der „Indignados“ in Spanien, um die es mittlerweile ruhig geworden ist, vor drei Jahren europaweit Aufsehen erregte, sind mittlerweile organisierte Wege des Protestes an der Tagesordnung. Nachbarschaften organisieren konkrete Hilfe, so etwa über die Schenkung von Lebensmitteln. Neben der Teilnahme an den regelmäßigen Demonstrationen, wo sich tausende Jugendliche auf die Straße begeben, kommt es auch zu Zusam-

menschlüssen im Betrieb, auf der Uni oder in der Schule – so will man gemeinsam an Ort und Stelle gegen Kürzungen zulasten der eigenen Zukunft vorgehen. Zudem sind es gerade die Jugendlichen, die durch eigene Initiativen Streiks, wie zum Beispiel bei Coca-Cola, unterstützen. Die stark wachsenden kommunistischen Jugendorganisationen CJC und UJCE sind dabei in vielen Fällen der Motor des Protests.

GEGEN DIE „TROIKA“, FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES PORTUGAL

Auch in Portugal hat sich eine breite Gegenmacht zu den Kürzungsmaßnahmen der sogenannten „Troika“ (EU, IWF, EZB) gebildet. Die Symptome dort gleichen jenen in Spanien und Griechenland: hohe Jugendarbeitslosigkeit und unsichere Arbeitsverhältnisse. Durch Ich-AG's, prekäre Arbeitsverhältnisse und Leiharbeit wird zwar die Statistik geschönt, an der Situation der Jugendlichen ändert sich allerdings wenig. Nicht zuletzt aus diesem Grund weisen die Jugendlichen in Portugal ein hohes politisches Engagement auf. Mit der Kommunistischen Jugend (JCP) gehen zahlreiche jungen Menschen gegen die Privatisierungen im Bildungsbereich auf die Straße, setzen kreative Zeichen des Protestes und machen eigene Zeitungen, um sich eine Stimme zu verschaffen. In Demonstrationen weigern sich Jugendliche nicht nur, die Kürzungsmaßnahmen auszubaden, auch fordern sie Selbstbestimmung. Weder will man sich von der EU die Zukunft verbauen, noch sich von der NATO in Kriege hetzen lassen. Die Diskussion über die Zukunft eines unabhängigen, lebenswerten Portugals ist unter SchülerInnen und jungen ArbeiterInnen Gesprächsthema Nummer eins.

GENERATION WIDERSTAND INTERNATIONAL

Der Kapitalismus mit seinen Auswirkungen geht jedoch nicht nur den Menschen in Griechenland oder auf der iberischen Halbinsel gegen den Strich. Auch in Italien sind es gerade junge Menschen, die sich damit nicht abfinden wollen und dies in Protesten zeigen. Selbiges gilt für Deutschland, wo Schulstreiks und die Blockupy-Demo gegen die Europäische Zentralbank zu nennen sind. Auch in England kam es zu massiven Demos, etwa für ein besseres Bildungssystem, während sich Jugendliche von Irland über Belgien bis Zypern gegen die von der EU und den nationalen Regierungen aufgedrückten sozialen Verschlechterungen wehren. Studierende in ganz Europa wollen sich die Freiheit von Wissenschaft und Lehre nicht durch den Bologna-Prozess zunichte machen lassen. Hinzu kommen immer mehr junge Menschen, die die Kriegseinsätze ihrer Länder im Zusammenhang mit NATO- oder EU-Missionen nicht länger hinnehmen wollen. Der Gezi-Park in der Türkei wurde zum Symbol des Kampfes gegen Gentrifizierung – die Liste der Proteste ist eine lange!

Im Frühjahr 2014 trafen sich unter dem Eindruck der Situation der Jugend im heutigen Europa kommunistische Jugendorganisationen aus 16 Ländern in Madrid. Als Losung wurde ausgegeben „eine Gesellschaft aufzubauen, die die Sehnsüchte der Jugend nach Frieden, Solidarität und Arbeit mit Rechten zur Wirklichkeit macht“.

Eines scheint all jenen Jugendlichen, denen nur allzu gerne politisches Desinteresse attestiert wird, quer über den Kontinent also gemeinsam: der Wille, ihre Zukunft selbst zu gestalten. Und dabei sollen weder Banken noch Konzerninteressen im Wege stehen.



Raus aus dem Hamsterrad des Grauens

Warum dein Wecker nur im Kommunismus die Fresse hält. Ein kleiner Essay zur Ökonomie der Zeit



Um 7:30 klingelt der Wecker. Aus rastlosem Schlaf erwachen wir, es ist noch dunkel. Wir drücken den „Schlummer“-Button, dämmern noch fünf Minuten vor uns hin, vor dem nächsten schrillen Ton, der uns gewaltsam aus dem Halbschlaf reißt. Kaum zu Bewusstsein gelangt, finden wir uns taumelnd in der Küche wieder, wo wir mit der einen Hand Kaffee kochen, mit der anderen Eier in Pfannen schleudern, nur um dann, während des eiligen Hinunterwürgens von etwas, das den Namen Frühstück kaum verdient, zu bemerken: Wir sind schon wieder spät dran.

Viele von uns werden zur Arbeit müssen, andere zum Amt, wieder andere zu einer Prüfung oder Vorlesung, die jüngeren unter uns in die Schule. Wir haben diesen unseren Morgen nicht zur freien Gestaltung. Und leider, so fällt uns auf, wenn wir darüber nachdenken, ist dieser Morgen auch kein Sonderfall, er ist die

Regel. Mindestens fünf von sieben Tagen in der Woche beginnen so, und ihr Verlauf ist nicht angenehmer als ihr Beginn. Ein Termin jagt den nächsten, permanent haben wir zu planen, wofür wir „Zeit haben“ und wofür nicht. Acht oder mehr Stunden täglich verbringen wir bei unserer Lohnarbeit oder an Universitäten, in Schulklassen oder Umschulungsmaßnahmen. Der Rest, der übrig bleibt, wird gefüllt mit anderen vermeintlichen Notwendigkeiten: Wir füllen sinnlose Dokumente aus, suchen nach Wohnungen, müssen Geld auftreiben, Rechnungen und Strafen bezahlen, bei Vorstellungsgesprächen oder Weiterbildungsseminaren antanzen. Die Regenerationsphasen, die uns bleiben, sind eben das: Regenerationsphasen. In ihnen haben wir genau die Zeit, um uns so wiederherzustellen, dass wir wieder funktionieren können. Wir kommen

nach 8 Stunden Scheiße aus dem Büro, der Schule oder sonstwoher, fahren dann erst mal halbe Ewigkeiten in überfüllten Öffis unbezahlt eine Route, die wir uns nicht freiwillig ausgesucht haben, um dann die verbleibenden Stunden des Tages dafür nutzen zu dürfen und für den nächsten Tag zu „erholen“.

In den wenigen Stunden der Ruhe oder gar Muße stellt sich bei nicht wenigen der Gedanke ein: War's das schon? Kommt da noch mehr, oder mache ich das jetzt so, bis eines Tages das Licht ausgeht? Viele betrügen sich dann selbst. In der Schule denken sie: Danach, in der Uni, wird alles besser. In der Ausbildung hoffen sie: Danach, im Arbeitsleben wird alles besser. Angekommen im Berufsalltag hofft man auf die Rente, in der man dann endlich selbstbestimmt seine Zeit verwalten und sich lange gehegte Träume erfüllen werde. Aber das aufgeschobene schöne Leben tritt nie

ein und irgendwann stellt man fest: Die Möglichkeitsspielräume werden nicht größer. Fenster schließen sich, irgendwann stirbt man.

Diejenigen, die noch den Glauben dazu aufbringen, verschieben das geglückte Leben noch weiter, nämlich in ein Jenseits. Sie hoffen, ein gütiger Gott werde sie einst aus diesem Jammertal erlösen, und sie lassen sich – ganz konform der Logik warenförmiger Gesellschaften – zu einem Tauschgeschäft hinreißen: Ich verhalte mich „brav“ und ertrage den Durchmarsch durch die Prüfung Leben mit großer Leidenschaft, dafür wird „später“, also nach meinem Tod, alles gut und ich kann auf Wolken chillen.

... DARIN LÖST SICH SCHLIEßLICH ALLE ÖKONOMIE AUF“

Der permanente Stress, der Leistungsdruck, dazu noch der Kontostand, noch zu tätige Zahlungen. Das Hamsterrad macht uns krank. Die einen versuchen am Wochenende in der Kneipe den Kopf leer zu trinken, aber nach dem Kater ist auch der Druck wieder da und abermals Zeit verloren, die man nun irgendwie einarbeiten muss. Die anderen werden depressiv, holen sich mit 25 ihr erstes Burn-Out-Attest ab oder versuchen, die Leere durch Konsum und Eskapismus zu füllen. Das Wettbüro, die Eckkneipe, der Club und der Playstation-Screen sind die Orte unserer Flucht, die nicht befriedigt und immer nur solange andauert, bis der Kontostand uns unerbittlich in den Alltag zurückruft. „Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf“, schrieb Karl Marx in seinen „Grundrissen“ und meinte das auf die Gesellschaft im Ganzen wie auf die Individuen bezogen. Bleiben wir einen

Moment bei uns, bei den einzelnen Individuen. Wir erleben unseren Alltag, unsere Zeiteinteilung als im Wesentlichen fremdbestimmt. Wann ich was mache, das kann ich mir in den meisten Fällen nicht selbst aussuchen, und ich kann die Bedingungen, unter denen ich entscheide, wann ich was machen will, nicht selbst bestimmen.

Morgens gehe ich arbeiten. Ich will nicht. Aber ich gehe. Ich will dort auch keine 8 Stunden verweilen. Aber ich muss – unter der Voraussetzung, dass ich den Job behalten will. Nun könnte ich auch ohne diesen Job leben, sogar besser. Allerdings: Ich kann nicht ohne den Lohn leben, den ich für diesen (oder einen anderen) Job bekomme. Alles, was ich brauche oder mir anschaffen will, Wohnung, Computer, Nahrung, Kinokarten, Kippen, Kleidung, Tattoos – alles das, ist mir nur zugänglich, wenn ich einen Teil dieses Lohns dafür eintausche. Auch die Zeit, die ich in Ausbildung, in Uni und Schule investiere, die Zeit, die man auf dem Amt und in Umschulungsmaßnahmen verbringt, die Zeit, die man braucht, um seine Steuererklärung auszufüllen oder Sozialstunden für begangene Vergehen abzarbeiten, ist über denselben Mechanismus vermittelt.

Der ist nicht allzu schwer zu verstehen. „Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ‘ungeheure Warensammlung’, die einzelne Ware als seine Elementarform“, eröffnet Karl Marx sein Hauptwerk „Das Kapital“. (Nahezu) alles, was ich brauche oder will, tritt mir als Ware gegenüber. Und Waren muss ich bezahlen, mit Geld. Und weil ich nicht in der glücklichen Position bin, Produktionsmittel zu besitzen, bleibt

mir letztlich nur eins, was ich – über eine Reihe von Vermittlungsschritten – eintauschen kann: Meine Zeit in Gestalt meiner Arbeitskraft.

EIN HARTNÄCKIGER TRAUM

Weil kapitalistische Gesellschaften nur funktionieren, wenn Kapital akkumuliert wird, das aber wiederum nicht klappt, ohne dass in der Aneignung von Arbeitskraft Mehrwert geschaffen wird, läuft das Hamsterrad, in das uns unser Wecker täglich entlässt, weiter, und zwar schneller und schneller.

Wie bei der Gesellschaft insgesamt, so schreibt Marx an der oben schon zitierten Stelle, hängt auch beim Individuum „die Allseitigkeit ihrer Entwicklung, ihres Genusses und ihrer Tätigkeit von Zeitersparung ab“, also davon, dass wir die für unsere Reproduktion als Gattung notwendigen Tätigkeiten in weniger Zeit erledigen können, damit uns mehr disponible Zeit bleibt, um politische, spielende, kommunikative, sich frei bildende Wesen zu sein. In dem Maße, in dem sich unsere Produktivkräfte entwickeln, steht uns dafür die Möglichkeit zur Verfügung. Doch diese Möglichkeit muss realisiert werden, und zwar gegen die Produktionsweise, in der wir leben. Solange es die gibt laufen und laufen wir, denn wer vereinzelt und ohne etwas besseres parat zu haben, hinausfällt, landet anders als der Hamster nicht auf weichem Stroh und frisst fröhlich Karotten, sondern in der Gosse.

Und dennoch haben wir nie aufgehört, uns vorzustellen, dass es auch ein Leben jenseits der zyklischen Wiederkehr des immer selben (Arbeits-)Tages geben könnte. Wir alle träumen, auch diejenigen, die sich dessen nicht bewusst sind, von einem



Leben, in der weniger (oder vielleicht gar nichts?) von unserer Zeit in fremdbestimmten Tätigkeiten, in entfremdeter Arbeit, untergeht. Wie widrig die Zeiten sein mögen und wie verkehrt sich dieser Traum uns auch präsentiert, sind wir davon nicht abzubringen. „Die Hartnäckigkeit der Vorstellung von einer anderen Welt, in der alles besser wäre, geträumt von Sklaven auf antiken Großbaustellen wie von Erwerbslosen im Internetcafé, ist das dem Leben der Leute Allgemeine, sofern sie überhaupt sprechen, denken, sich etwas vorstellen können“, schreiben Dietmar Dath und Barbara Kirchner im „Implex“.

UTOPISCHER ÜBERSCHUSS

Aus diesem Traum, diesem utopischen Überschuss, ein politisches Konzept zu machen, das ist Aufgabe der radikalen Linken. Die Bedürfnisse, Wünsche und Träume, die über den Kapitalismus hinausweisen, zu einer Strategie zu formen, muss unsere Kernaufgabe sein. Der Ansatz bei der Ökonomie der Zeit ist dabei kein schlechter. Die traditionelle ArbeiterInnenbewegung formulierte ihn als Kampf um Arbeitszeitverkürzung, aber er ist nicht auf die Kernschichten der

ArbeiterInnenklasse beschränkt. Gerade heute, da die ArbeiterInnenklasse zwar keineswegs, wie das bürgerliche SoziologInnen gerne hätten, verschwindet, sich aber sehr wohl die Lebenswirklichkeiten der verschiedenen Teile der Klasse immer mehr unterscheiden, ist es wichtig, Forderungen und Themen zu entwickeln, die für die gesamte Klasse, vom Fließbandarbeiter bis zum Erwerbslosen im Internetcafé, von der Studentin bis zur Reinigungskraft, relevant sind.

Die Entschleunigung unseres Alltags, der Kampf gegen den Druck, der uns durch die – je unterschiedliche – Fremdbestimmung über unseren Zeithaushalt auferlegt wird, ist so ein Themenbereich. Jeder und jede kennt das aus der eigenen Erfahrung, und das Thema führt wie von selbst in den Umkreis jener Begriffe, deren Erläuterung uns aufschließt, warum Kapitalismus dann auch mal weg muss: Ware, Aneignung fremder Arbeitskraft, Kapital, Mehrwert, Ausbeutung.

Der allgemein vorhandene Wunsch nach Entschleunigung des eigenen Alltags lässt sich auch leicht in Kämpfen finden, die ohnehin existieren. Von ganz alltäglichen unbewussten Widerstandsformen wie

dem von der befreundeten Ärztin ausgestellten Krankenschein, der in Abwesenheit des Chefs eingelegte Arbeitspause über den beim Amt nicht angemeldeten Urlaubsausflug bis hin zu bewussten Kämpfen um Arbeitszeitverkürzung oder gegen die den Studienalltag unerträglich machende Verschulung der Universitäten.

All diese Kämpfe kann man unterstützen, selber führen – und in ihnen deutlich machen, dass ihr Erfolg innerhalb dieser Gesellschaftsordnung und an ihr seine Grenzen hat. Deutlich machen, dass eine andere Gesellschaftsordnung möglich ist, die wir immer noch Kommunismus nennen wollen, in der sowohl die gesellschaftlich zur Verfügung stehende (Arbeits-)Zeit anderen Gesetzen folgt als den heutigen, als auch die uns individuell gegebene nicht mehr zu einem Marathonlauf in Richtung Sarg werden muss.

Mit freundlicher Genehmigung des „Lower Class Magazine. Proletkultjournalismus von der Straße für die Straße.“ Viele weitere lesenswerte Artikel gibt's auf www.lowerclassmag.com.

„Wo das Geld zu holen ist“: Hitliste der Geldsäcke

Im Herbst 2010 wurde das größte Sparpaket der österreichischen Geschichte verabschiedet. Es beinhaltete ein umfassendes Paket an Kürzungen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich. Begründet wurde es damit, dass der Staat wegen der Wirtschaftskrise und der Bankenmilliarde kein Geld mehr habe, um die Leistungen aufrecht zu erhalten. Im Jahr 2013 wurde im Zuge der Milliarden für die Rettung der insolventen HYPO ein weiteres Sparpaket angekündigt, welches bis zum jetzigen Zeitpunkt zumindest noch nicht umgesetzt wurde. Es bleibt das tagtägliche Gerede der bürgerlichen Parteien und Zeitungen, dass Österreich kein Geld mehr habe. Wie sieht die Realität aus? Leben in Österreich nur Menschen, die kein oder nur wenig Geld haben? Ist wirklich kein Geld vorhanden, um diese Leistungen weiter zu bezahlen?

Nein, Geld ist genügend vorhanden. Das wird beispielsweise ersichtlich, wenn wir in denselben Zeitungen, die vom nicht vorhandenen Geld reden, gleichzeitig regelmäßig lesen können, dass die Vermögen der Reichsten wachsen und wachsen und die Millionäre und Milliardäre mehr und mehr werden. Am deutlichsten erkennbar wird es bei der Betrachtung des Geldvermögens der 10 reichsten ÖsterreicherInnen:

Die Tabelle zeigt eindrucksvoll, dass in Österreich mehr als genügend Geld vorhanden ist, um Bildung, Soziales und viele weitere Bereiche ausreichend finanzieren zu können. Doch liegt es in den Händen einiger weniger und kommt somit der Bevölkerung nicht zu Gute.

Wir probieren es mit einer einfachen Rechnung, um die absurd hohen Vermögenszahlen in Relation zu setzen: Im Jahr 2007, als noch alle österreichischen StudentInnen Studiengebühren bezahlen mussten, betrugen deren Gesamteinnahmen rund 149 Millionen Euro. Hätte die Familie Piech für alle 300.000 Studierenden die Studiengebühren bezahlt, hätten diese rund 300 Jahre kostenfrei die Universität besuchen können. Bereits mit dem Vermögen Frank Stronachs wäre es möglich gewesen, die Studiengebühren für rund 26 Jahre zu bezahlen.

Mit einer Vermögenssteuer können kleine und mittlere Gehälter steuerlich entlastet werden und zugleich ausreichend in Bildung, Gesundheit und Soziales investiert werden. Darum: Den Reichtum denen, die ihn produzieren! Umverteilung ist notwendig! Denn je!

1.	Familie Porsche & Piech	Porsche, VW, Finanzanlagen, Immobilien	44,8 Milliarden
2.	Dietrich Mateschitz	Red Bull GmbH (49 Prozent)	7,5 Milliarden
3.	Familie Flick	Finanzvermögen aus Erbe nach F. K. Flick	6,9 Milliarden
4.	Graf Johann	Novomatic AG (92 Prozent)	5,05 Milliarden
5.	Wlaschek Karl	Ex-Billa-Eigentümer, Immobilienvermögen	4,5 Milliarden
6.	Familie Swarovski	Glas-, Kristall-, Optik-, Schleifmittelkonzern	4,1 Milliarden
7.	Frank Stronach	Verkauf Magna Anteile, Immobilien, Pferdesport	3,9 Milliarden
8.	Schaeffler Maria-Elisabeth	Schaeffler AG, Continental AG	3,48 Milliarden
9.	Horten Heidi	Vermögen aus Erbe nach H. Horten	3,38 Milliarden
10.	Kaufmann Brüder	Erben nach H. Kaufmann, Billerud, Leica	2,42 Milliarden

Quelle: <http://www.trendtop500.at/die-reichsten-oesterreicher/>



Unsere Krisenlösung: Sozialismus!

WIE ES IST, DARF ES NICHT BLEIBEN!

Ein Blick in die Vermögensstatistiken sagt schon sehr viel über Österreich: Nach den Zahlen der Arbeiterkammer besitzen 80 Prozent der Bevölkerung gerade einmal 23 Prozent des gesellschaftlichen Reichtums, während die reichsten 10 Prozent in Österreich 61 Prozent des Vermögens besitzen. Dazu kommt ein Steuersystem, das die Anhäufung von Kapital für jene begünstigt, die bereits über große Vermögen verfügen, da es keine vermögensbezogenen Steuern mehr gibt, Aktien- und Immobiliengewinne kaum angetastet werden und die Kapitalisten ihr Geld weitgehend steuerfrei in Privatstiftungen bunkern können.

Dabei wären genügend finanzielle Mittel da, um unser veraltetes Bildungssystem oder die Wohnsituation der Menschen zu verbessern, aber der kapitalistische Staat hat ganz andere Prioritäten. Etwa die Rettung einer gewissen Finanzinstitution mit dem Namen „Hypo Alpe Adria“, die 18 Milliarden Euro kosten wird und deren Kosten einmal mehr auf die ArbeiterInnenklasse, die Jugend und die armen Bevölkerungsschichten abgewälzt werden.

Dabei dürfen wir auch die Rolle der EU nicht vergessen, die die Herrschaft der Banken und Konzerne organisiert und für bestmögliche Profit- und Ausbeutungsbedingungen sorgt. Um dies reibungslos zu ermöglichen, werden Sozialleistungen gekürzt, öffentliches Eigentum privatisiert, Löhne gekürzt und Arbeitszeiten erhöht, während der Überwachungsstaat aus- und eine Militärmacht aufgebaut wird. All das

ist längst bekannt und wir könnten dazu noch dutzende Beispiele anführen. Wir aber wollen versuchen, unsere Krisenlösung in Eckpunkten zu skizzieren: Den Sozialismus.

UNSER SOZIALISMUS-BILD IN ECKPUNKTEN:

- Die Banken und Konzerne werden in gesellschaftliches Eigentum überführt. Nur wenn die Mehrheit der Menschen Eigentümerin ist, kann der von ihr erarbeitete Reichtum der gesamten Gesellschaft zugutekommen.
- Die Produktion muss planmäßig und demokratisch organisiert werden, damit nicht der Profit ihr Sinn und Zweck ist, sondern damit die Bedürfnisse der Menschen und die soziale und ökologische Entwicklung die Kriterien allen Wirtschaftens werden.
- Das Recht auf Arbeit, Bildung und Ausbildung wird garantiert. Umfassende Bildung und Ausbildung wird das Grundrecht aller sein. Arbeitsplätze werden nicht länger durch Profitstreben gefährdet.
- Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, persönlichem Vorteilsstreben usw. wird der Nährboden, auf dem sie wachsen können, entzogen, auch wenn sie nicht sofort aus den Köpfen der Menschen verschwinden können. Daher muss der sozialistische Staat mittels Bewusstseinsarbeit dafür Sorge tragen, dass die reaktionären Ideologien auch in den Köpfen zurückgedrängt werden.
- Der Sozialismus schafft einen völlig neuen Staat. Dieser versucht nicht nur die demokratische und umfas-

sende Beteiligung der Menschen in allen politischen und ökonomischen Belangen zu gewährleisten, sondern muss auch verhindern können, dass durch die – gewaltsame oder schleichende – Konterrevolution der Kapitalismus restauriert wird. Der jetzige Staat ist so gestaltet, dass er für die optimalen Verwertungsbedingungen des Kapitals sorgt. Er ist für uns völlig unbrauchbar und muss zur Gänze ersetzt werden durch einen sozialistischen Staat, der die Interessen der ArbeiterInnenklasse, der Jugend und der armen Bevölkerungsschichten durchsetzt und schützt.

SOZIALE INTEGRATION STATT „LOST GENERATION“

Erst eine sozialistische Gesellschaft kann das Recht auf Arbeit und ein soziales und demokratisches Bildungssystem garantieren und damit sicherstellen, dass alle Menschen von Anfang an in die Gesellschaft eingebunden sind, ihnen eine breite Allgemeinbildung und vor allem praktisches wie theoretisches Wissen in ihren Interessensfeldern geboten wird.

Dabei ist der Sozialismus keine Utopie von Weltverbesserern. Er ist eine geschichtliche Notwendigkeit und er ist machbar. Auch wenn er vielen heute und morgen nicht möglich erscheint, so ist er doch heute und morgen dringend notwendig: Für eine lebenswerte Zukunft jenseits von kapitalistischer Ausbeutung, imperialistischen Kriegen, Ausgrenzung, Armut, Umweltzerstörung, Rassismus, Sexismus und Unterdrückung!



Anleitung „Generation Widerstand“

Tipps & Tricks, damit du dir nicht alles gefallen lassen musst.

Ungerechte Behandlung in der Schule, kaum Lehrstellen, schlechte Bezahlung, Studiengebühren, Rassismus, Sexismus, Umweltzerstörung oder Kriegshetze sind Dinge, die viele von uns kennen und mit denen du dich bestimmt auch schon rumärgern musstest. Aber dagegen kann man doch nichts tun, oder? Falsch! Ob in der Schule, auf der Uni oder im Beruf gibt es viele Möglichkeiten, sich zu wehren. Wir haben für dich hilfreiche Widerstandstipps zusammenggetragen, die dir in jeder Lebenslage helfen können:

SCHULE/AUSBILDUNG

- Wehr dich gegen unfaire Benotung, ungerechte Strafen oder zu viel Lernstress! Im Schulunterrichtsgesetz (SchUG) kannst du deine Rechte nachlesen!
- Vernetz dich mit deinen KollegInnen, Klassen- und SchulsprecherInnen: Diskutiert die Missstände an eurer Schule und plant Gegenaktivi-

täten! SchülerInnenversammlungen, kritische Schulzeitungen, Leserbriefe oder Unterschriftenlisten haben schon so manche Schulleitung zum Einlenken gebracht.

- Beteilige dich an Bildungsprotesten und Schulstreiks!

LEHRE/BERUF

- Diskutier mit deinen KollegInnen über eure Rechte, tritt der Gewerkschaft bei und überlegt euch Maßnahmen gegen Ungerechtigkeiten.
- Engagier dich im Jugendvertrauensrat/Betriebsrat und tritt für eine kämpferische Interessensvertretung ein!
- Unterstütze bzw. beteilige dich an Demonstrationen, Betriebsversammlungen und Streiks!

UNIVERSITÄT

- Allein machen sie uns ein: Schließ dich mit deinen StudienkollegInnen in Institutsgruppen zusammen, bildet Widerstandsnetzwerke und en-

gagiert euch etwa gegen fehlende Kursplätze! Seid solidarisch und helft euch gegenseitig durch Lerngruppen oder Unterlagentausch, Ellbogendenken schadet euch nur selbst.

- Den rechten Diskurs vermiesen: Bringt linke und antikapitalistische Positionen in Lehrveranstaltungsdiskussionen ein!
- Wir sehen uns auf der Straße: Schließ dich sozialen und Bildungsprotesten an!

NAZIS RAUS!

- Neonazismus ist strafbar: Mach Anzeige bei faschistischen Umtrieben!
- Rassismus ist keine Meinung: Mach deine KollegInnen und in deinem Freundeskreis in Diskussionen klar, dass die Grenzen zwischen oben und unten und nicht zwischen Herrn/Frau Österreicher und MigrantIn verlaufen! Du hast doch mehr mit dem ungarischen, polnischen oder türkischen Lehrling/Stu-

dierenden/SchülerIn gemeinsam, als mit Grasser, Lugner, Mateschitz & Co.

- Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt: Überklebe Nazi-Sticker, organisier dich gegen faschistische Schläger, beteilige dich an antifaschistischen Demonstrationen!

FÜR EIN LEISTBARES LEBEN!

- Stell in Diskussionen klar, dass soziale Sicherheit, Gesundheit und Bildung sehr wohl für alle finanzierbar ist – es kommt nur auf die Verteilung des Vermögens an!
- Unterstützt Aktionen, Kampagnen und Demonstrationen für Umverteilung und gegen Sozialabbau!

LIEBER GLEICH-BERECHTIGT ALS SPÄTER!

- Mach überall aufmerksam auf sexistische Verhaltensweisen und lass dich solche auch nicht gefallen!
- Mach Frauen auf ihre unterdrückte Position in Familie und Beruf aufmerksam!
- Verteile Flugzettel zu dieser Thematik vor Schulen und Einkaufszentren, organisier Aktionen, Demos und Diskussionsrunden!

GEGEN UMWELTZERSTÖRUNG!

- Beteilige dich an Protestaktionen gegen umweltfeindliche Bauprojekte in deiner Umgebung.
- Der Austritt Österreichs aus EURATOM wäre ein wichtiger Schritt gegen die Atomlobby, informiere dich darüber und engagiere dich!
- Unterstütze Initiativen für eine soziale und umweltfreundliche Verkehrswende!

NEIN ZUM ÜBERWACHUNGSSTAAT!

- Achte darauf, was für persönliche Angaben du ins Internet stellst. Für sichere Kommunikation im Netz gibt es Programme wie TOR, JAP,



GnuPG und Truecrypt.

- Organisiert gemeinsame Aktionen gegen Datenschnüffler an Schulen und im Betrieb und mach gegen den Überwachungskamera-Irrsinn in deiner Umgebung mobil.

GEGEN KOMMERZ UND KONSUM-ZWANG!

- Vernetz dich mit FreundInnen und Jugendlichen aus der Umgebung und sammelt Unterschriften für ein Jugendzentrum, einen Skatepark etc. Schreibe Leserbriefe, organisiere Sitzstreiks oder Flashmobs und mach so Druck auf die PolitikerInnen.
- Unterstützte selbstorganisierte Konzerte und kritische Kulturveranstaltungen und setze damit ein erstes Zeichen gegen Kommerz und kapitalistische Unkultur.

NEIN ZUM KRIEG!

- Informiere dich über die wahren Hintergründe von Kriegen – etwa auf kjoe.at, werkstatt.or.at oder jungewelt.de.
- Klär deine KollegInnen auf, dass es den Kriegstreibern um Profit und Macht und um nichts anderes geht.
- Unterstütze Initiativen für die österreichische Neutralität und gegen Kriegseinsätze. Beteilige dich an Aktionen und Demonstrationen!

Wie man an der Aufzählung sieht, kommt man heutzutage in vielen Lebenslagen schnell an den Punkt, wo eine Entscheidung zu treffen ist: Lässt man sich's gefallen oder macht man den Mund auf, verschließt man die Augen vor der Realität oder macht man auf Missstände aufmerksam. Die erste Variante ist mit Sicherheit die bequemere, angepasstere, aber auch jene, die weiter gedacht dafür sorgen wird, dass man weniger mitbestimmen kann, länger und mehr arbeiten muss und auch weniger im Geldbörsel hat. Denn wenn alle Dinge unkritisch bejaht oder durch Schweigen zustimmt werden, wird sich an den gesellschaftlichen Missständen nichts verbessern. Und du kannst dir sicher sein, du wirst nicht der/die einzige sein, der/die so denkt.

Wenn du Unterstützung brauchst, kannst du dich gerne über das Kontaktformular auf kjoe.at an deine lokale KJÖ/KSV-Gruppe wenden, um über Probleme mit Vorgesetzten, mit LehrerInnen, im Betrieb, mit Eltern oder auf der Uni zu reden oder natürlich auch, wenn du bei uns mitmachen möchtest: Ohne dich sind wir eine/r zu wenig!



**GENERATION
WIDERSTAND!**

Unsere Zukunft statt ihre Profite!

**OHNE DICH
SIND WIR ZU WENIG!**



Kommunistische Jugend Österreichs (KJÖ)

www.kjoe.at / facebook.com/kjoe.at

kjoe@kjoe.at



Kommunistischer StudentInnenverband (KSV)

www.comunista.at / facebook.com/comunista.at

ksv@comunista.at